

telegraph

Wöchentliches Informationsblatt
Herausgeber: Umwelt - Bibliothek Berlin

Flugblatt/Vorabdruck

Redaktionsschluss 10.12.89, 24 Uhr

"Es hat keine Verhandlungen mit Springer gegeben!"
Der Berliner Verlag soll ausverkauft werden

Im Hinterzimmer einer der miesesten Berliner Kaschemmen, in der "Quelle", Ecke Metzger/Prenzlauer traf sich in der letzten Woche der ehemalige Chef des bundesdeutschen Industrieverbandes, Otto Wolff von Amerongen mit Berliner Oppositionellen (nicht eingeladen war die Vereinigte Linke). Was Otto Wolff von Amerongen dort als Sanierungskonzept der westdeutschen Industrie für die DDR vortrug, ließ allen die Kiefer herunterklappen: DDR-Betriebe über 3.000 Beschäftigte gelten zur Sanierung fähig und werden bis zu 48% mit Westkapital unterstützt. Bei Betrieben von 1.000 bis 3.000 Beschäftigten werden Rentabilitätsanalysen angestellt. Wenn sie nach westlichen Maßstäben an der Konkursgrenze sind, sind sie sanierungsfähig. Betriebe unter 1.000 Beschäftigten sollen als GmbH privatisiert werden.

Aber die Dinge sind ja auch bereits unterwegs. Gerüchte über Beteiligung von großen BRD-Firmen an diesem und jenem Betrieb schwirren durch die Luft. Der Henschelverlag verhandelte mit einem bundesdeutschen Verlag über eine Beteiligung, wollte aber nicht mehr als 40% Auslandskapital zulassen. Die Westdeutschen brachen, im Bewußtsein des längeren Hebels die Verhandlungen ab: "Ach, wir warten lieber noch zwei Wochen." Im Schaltgerätebau des Berliner Transformatorenwerkes Oberspreewäldes beispielsweise hat sich AEG eingekauft. Ab 1. Januar (scheinbar ein Richtdatum für den Beginn der Rekapitalisierung) wird die "Umstrukturierung" beginnen. Aus 14 Direktorsbereichen werden fünf. Unklar ist noch, wieviel Angestellte und Sachbearbeiter dabei freigesetzt werden. Unsicher ist bezeichnenderweise auch das Schicksal der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Ein halbkolonialer Staat braucht so etwas nicht.

Klarere Informationen gibt es über den Berliner Verlag. Nachdem sich der Verlagsleiter in einem Interview mit einer westdeutschen Zeitung verplappert hatte und der Eindruck entstanden war, daß die Verhandlungen mit Springer bereits abgeschlossen wären, gabe es im Betrieb einige Unruhe. Weil die SED nicht mehr fähig sei, den parteieigenen Verlag mit jährlich 129,0 Mio Mark zu unterstützen, könne, so hieß es, ab Januar an die Mitarbeiter kein Gehalt mehr gezahlt werden. Der Direktor P/T entsandte an die aufgeschreckte Belegschaft ein Rundschreiben mit "konzeptionellen Vorstellungen zur weiteren Entwicklung des Berliner Verlages unter der absehbaren politischen Entwicklung".

Zur Disposition ständen Eigentumsform, Herausgeber, Verlagsprofil und ökonomische Eigenständigkeit. Unter vier Varianten, die im Folgenden erörtert werden, wird von vornherein eine weitere Steuerung durch die SED ausgeschlossen, die dies infolge der Trennung vom Staat nicht mehr finanzieren könne. Aussichtsreicher wird die Angliederung des Berliner Verlages an den Ministerrat und "eine Widerspiegelung des Parteienspektrums" geschildert. Erörtert wird dann eine "Berliner Verlags GmbH als ein öffentlicher, rechtlicher und überparteilicher Pressekonzern", was nach Aufnahme eines Kredits "keine ernsthaften Probleme" bereite. Und schließlich folgt als Variante 4 die "Bildung einer Berliner Verlag Aktiengesellschaft auch mit ausländischem Kapital".

Während in den meisten Zeitschriften des Berliner Verlages das Rundschreiben bei den Chefredakteuren hängen blieb, engagierte sich die Redaktion der "Für-Dich" massiv gegen einen Ausverkauf des Verlages und berief für Mittwoch eine Versammlung der Gesamtbelegschaft ein mit der Aufforderung, Betriebsräte zu bilden. Dazu hatten sie Gäste aus verschiedenen linken Gruppen eingeladen. Eine Vertreterin der Westberliner "TAZ" wurde von der Belegschaft vor die Tür gewiesen.

Mitarbeiter der Initiative Vereinigte Linke forderten, daß die Belegschaft auf das Schicksal des Verlages Einfluß nehmen mußte. Dies solle durch Betriebsräte realisiert werden. Da der Verlag ursprünglich Eigentum des Magistrats war (1954 von der SED okkupiert) und damit Volkseigentum sei, müsse er öffentlichen Interessen dienen und entsprechend öffentlich kontrolliert werden. Dazu sollten "medienpolitische Volkskontrollausschüsse" gebildet werden. Eigenerwirtschaftung der Mittel wird bejaht. Es gelte aber zu verhindern, daß aus wirtschaftlichen Erwägungen politische Sonderinteressen, z.B. westlicher Kapitalgeber durchgesetzt werden.